

**Versprech-Anschluß für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 397.**

1898.

Der Grundsfehler der hierbei maßgebenden Annahme liegt in der Annahme, daß es möglich sei, einen regen billigen Transport auf Wasserstraßen herzustellen, der den landwirthschaftlichen Interessen im Binnenverkehr und für die Ausfuhr dient, während hohe Abgaben ausländischen landwirthschaftlichen Erzeugnissen die Benützung dieser selben Wasserstraßen verschließen. Es tritt dabei völlig übersehen, daß beide Verkehrsrichtungen im engsten Zusammenhange stehen, schon bei den Eisenbahnen und noch mehr bei dem privaten Schiffsahrtsbetriebe. Man kann gar nicht auf einen billigen Transport auf Kanälen rechnen, wenn die Unternehmer, Einzelschiffer oder Rhebereien, nur die eine Richtung der Fahrt, d. h. die Ausfuhr, mit Ladung benutzen können, während sie umgekehrt, in der Richtung der Einfuhr, ihre Schiffe leer gehen lassen müssen. Die Forderung, daß durch hohe Kanalabgaben, gleichwie durch hohe Schutzhölle, jede Erweiterung der Einfuhr landwirthschaft-

Als die Vorhänge des Zettes hinter Christine zusammenfielen, legte der König die Feder hin,

Man hat bereits vorgeschlagen, daß dann doch die großen Kanalprojecte durch private Unternehmung verwirklicht werden sollten. Es ist richtig, daß für die beiden wichtigsten, den Mittel- und den Großschifffahrtsweg, den Mittellandkanal und den Großschifffahrtsweg Stettin-Berlin, die Rentabilitäts-Ausichten derartig sind, daß bei einer richtigen Bemessung der Schiffahrt-Abgaben auch das Privatkapital darin eine lohnende Anlage finden könnte; auch kommt in Betracht, daß die Staatsregierung in der Lage ist, ohne jeden Einbruch des Landtags, die Concession zu solchen privaten Kanalbauten zu ertheilen und die zu erhebenden Abgaben selbständig festzusetzen. Aber es ist auf der anderen Seite nicht zu übersehen, daß die Staatsbahnverwaltung irgend eine kräftige, selbständige private Concurrenz gegen ihren Betrieb naturgemäß nicht aufnehmen lassen kann und daß der Eisenbahnminister selbst es in der Hand hat, durch anderweitige Festsetzung der Abgabetarife sich jede etwa lästig werdende Concurrenz einer Kanaltrasse vom Halse zu schaffen. Wer kann aber weiter dafür bürgen, daß über kurz oder lang bei uns nicht doch ein Minister der öffentlichen Arbeiten ans Ruder kommt, welcher die vom Landes-Oekonomie-Collegium ausgesprochenen Wünsche zu erfüllen sucht? Wie könnte man erwarten, daß angehts aller dieser Unsicherheit der Zukunft das Privatkapital den Muth fände, sich an ein Kanalunternehmen als ein Geschäftsunternehmen zu machen? Grade unter den heutigen Verhältnissen ist der Bau von Kanälen mehr als je Sache des Staates, und deshalb kommt es darauf an, die extrem-agrarischen Anschauungen über Kanäle und Kanalabgaben in den Parlamenten wie in der öffentlichen Discussion überhaupt zu überwinden, wenn neue Kanalbauten zur Ausführung gelangen sollen.

* Berlin, 9. Febr. Gestern Abend fand im Weißen Saale des königl. Schlosses und den angrenzenden Räumen ein größerer Hofball statt, zu welchem etwa 1800 Einladungen ergangen waren. Die Damen waren in ausgeschnittenen, langen Kleidern, die Militärs im Hofball-Anzuge, mit Ordensband, erschienen, die Anfuhr der zahllosen Wagen währte von 7 bis 8½ Uhr. Es versammelten sich die Fürstlichkeiten im Aurfürstenzimmer, die sämmtlichen Hofchargen, die General- und die Flügel-Adjutanten des Kaisers, der Minister des königlichen Hauses und der Geheime Cabinetsrath sowie die Befolge in dem Königinnenzimmer, die sämmtlichen Damen, die Chefs der fürstlichen und ehemals reichsständischen gräflichen Häuser, ferner das diplomatische Corps, die Excellenzen und die tanzenden Herren im Weißen Saale; die Generalmajore und die Räte 1. Klasse in der Weißen Saal-Galerie; die Mitglieder der Parlamente im bisherigen Königinnen - Gemach, die übrigen geladenen Herren in der Bildergalerie. — Bald nach 8½ Uhr erlosch das

„Der gold'ne Traum vermehrter Jugendliebe ver-
gibt sich nicht und seine Weisen klingen hinüber

* [Weber einen „eigenartigen Hofgebrauch“] wird der „Münd. Allg. Ztg.“ aus Berlin geschrieben: Auffällig muß es erscheinen, daß noch immer daran festgehalten wird, die nichtpreussischen Herren und Damen aus den deutschen Einzelstaaten, die am Hofe hier vorgestellt werden, als „ausländische“ zu bezeichnen. Wahrscheinlich

ham der Freiherr von Ulmenlieb und er liebte mich, wie schon so viele vor ihm, die mein

* [Gedenkblatt.] Die denkwürdige Episode von der Jubelfeier des deutschen Reichs, der Treue-
schwur des Kaisers mit der Fahne des ersten
Garde-Regiments i. F., ist zum Gegenstand eines
künstlerischen Gedenkblattes gemacht worden, das
für die weitesten Kreise des Volkes bestimmt ist.
Das Blatt zeigt den Kaiser, wie er die eichen-
laubgeschmückte Fahne emporhebt. Die hierbei
gesprochenen bekannten Worte „Ein Reich, ein
Volk, ein Gott“ sind in Goldprägung mit in die
Composition hineingezogen. Der Kaiser hat das
erste auf Seide gedruckte Exemplar entgegen-
genommen.

—

Göttingen, 8. Febr. Für die russische Seidenfabrik nach Italien ist die Anmeldefrist bis zum 20. Februar verlängert worden. Auf die feilenden Ansprachen in Italien hat Herr Professor Stimming-Göttingen die Gegenbegründungsreden übernommen.

Rußland.

* [Eine Volkshochschule in Petersburg.] Man schreibt dem „Berl. Tagebl.“ aus der russischen Hauptstadt: Dieser Tage wurde das neue Gebäude der von Frau Wiersa v. Dornow aus eigenen Mitteln erbaute große Volkshochschule eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben. Das Gebäude enthält einen prächtigen Saal, der gegen 600 Personen fassen und als Caeſarſaal sowie als Auditorium bei zu veranstaltenden unentgeltlichen Vorträgen dienen wird. Außerdem enthält das Haus die reichhaltige Bibliothek, zehn Musikzimmer, von denen jedes einen schönen neuen Flügel enthält und als Übungsraum für mittellose Schüler und Schülerinnen des Conservatoriums und der Musikschulen bestimmt ist, sowie im dritten Stockwerk eine Zeichen- und Malerschule. Das ganze Gebäude ist elektrisch beleuchtet und hat der nachherigen Erbauerin gegen 230 000 Rubel gekostet. Sämtliche Anstalten sind den Besuchern völlig unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 8. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch Dr. Boffe.
Das Haus überwiegt zunächst die Nachweise über die Verwendung a) des Dispositionsfonds von 2 1/2 Millionen Mark im Eisenbahnministerium der Eisenbahnverwaltung für 1896/97, b) des außerordentlichen Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung von 20 Millionen Mark, der aus dem Jahresüberschuss für 1895/96 gebildet wurde, der Budget-Commission.

Es folgt die Besprechung der Interpellation der Abg. Saade und Thron. v. Sedlich (freiconf.), betreffend die Einbringung eines Gesetzes zur Neuordnung und Verbesserung des Dienstverhältnisses der Beamten beider Conſessionen. Der ergriffene Interpellant verweist darauf, daß das Haus in der vorigen Session den Vorstoß in Bezug auf die Beförderung der Beamten einstimmig anerkannt habe, ebenso der Finanz- und der Kultusminister. Erhöhen sei die verprochene Vorlage noch nicht eingegangen. Zeitungsberichte zufolge, weil mit der römischen Kurie noch Schwierigkeiten beständen. Das von der evangelischen Generalſynode beschlossene Gesetz entspreche weder den Wünschen der Kirchenbehörden noch denen der Geistlichen.

Kultusminister Boffe erwidert, daß sämtliche Synoden das ihnen vorgelegte Gesetz für die evangelische Kirche inzwischen angenommen hätten, die letzte erst vor acht Tagen. Die allerhöchste Genehmigung zur Einbringung der Vorlage im Landtage werde alsbald erfolgen. Die Verhandlungen mit den katholischen Bischöfen würden hoffentlich ebenfalls in der nächsten Zeit zu Ende geführt sein.

Abg. Thron. v. Sedlich (freiconf.) erklärt sich durch diese Antwort zufrieden gestellt.
Abg. v. Spenderbrand (conf.) konstatiert, daß der im vorigen Jahre angenommene Antrag auf Verbesserung von der konservativen Partei ausgegangen sei.

Abg. Porck (Centr.) spricht namens seiner Fraktion die Hoffnung aus, daß das Gesetz für die katholische Kirche alsbald auf Grund der Vereinbarung mit den Bischöfen vorgelegt werden könne.

Abg. Sattler (nat.-lib.) begrüßt namens seiner Freunde die Erklärung des Ministers mit Freude.

Abg. Cangerhans (frei. Volksp.) führt aus, daß wir weder einen konſessionellen, noch partiſchistischen, sondern einen Staat mit völliger Religionsfreiheit hätten, der demgemäß über das Gehalt der Geistlichkeit nichts zu bestimmen habe; seine Partei habe deshalb im vorigen Jahre dem konservativen Antrage nicht zugestimmt.

Abg. Thron. v. Sedlich (freiconf.) betont demgegenüber, daß es eine aus der geschichtlichen Entwicklung und der Einwirkung der kirchlichen herrührende Ehrenpflicht des Staates sei, für die Dotierung der Pfarren zu sorgen. Damit ist die Interpellation erledigt. Darauf wird die zweite Beratung des Justizgesetzes beim Kapitel „Land- und Amtsgerichte“ wieder aufgenommen und beendet.

Abg. Bräse (conf.) fordert Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Unterbeamten.

Beh. Oberfinanzrath Bellian erwidert, daß Erwägungen darüber, die sich aus der Verschiedenheit der Wohnungsverhältnisse in den einzelnen Städten ergäben, noch nicht abgeschlossen seien.

Auf eine Anregung des Abg. W. Schamp (frei. Volksp.) erkennt Justizminister Schönstedt die Notwendigkeit an, die Dienststunden der Gefängnisbeamten auf zehn zu beschränken, und diese Maßregel werde je nach der Beschaffenheit der Gefängnisse durchgeführt werden. Eine Petition von Unterbeamten wird der Staatsregierung als Material überwiesen.

Eine Beschwerde des Abg. Noelle (nat.-lib.) über Konkurrenz der Gefängnisarbeit mit der Privatindustrie wird vom Justizminister für unbegründet erklärt.

Beim Kapitel „Besondere Gefängnisse“ legt auf eine Anfrage des Abg. Friedberg (nat.-lib.) der Justizminister Schönstedt dar, daß die Zeitungsmitteilungen über angeblich schlechte Behandlung von wegen Preßvergehens Verurtheilten theils übertrieben, theils unnahe seien, und widerlegt die Behauptung, daß der frühere Erzbischof von Köln, Weichers, im Gefängnisse mit Strohflöchten beschäftigt worden sei. Der Erzbischof habe alle erdenkliche Freiheit und Bequemlichkeit gehabt, nur durch das Versehen eines Unterbeamten sei seine Einbringung in die Kiste der Strohflöchte erfolgt.

Abg. Im Walle (Centr.) begrüßt diese Aufklärung mit Genugthuung.

Es folgt die zweite Beratung des Etats der Bauverwaltung. Abg. Cangerhans (frei. Volksp.) beantragt, daß der Einnahmetitel „Baupolizei-Gebühren“ gestrichen werde, und schließt die Beschwörungen, welche die Stadt Berlin durch die Baupolizei empfinde.

Beh. Regierungsrath Peters widerspricht den Ausführungen des Vorredners und giebt auf Frage des Abg. Sattler (nat.-lib.) Auskunft über die bestehenden Gebührensätze. Der Antrag Cangerhans wird abgelehnt.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (conf.) fragt an, wie es mit der Regulierung der Weichsel stehe, wie weit die Verhandlungen mit den Anliegern gediehen seien. Manche von den Deichverbänden seien recht arm und durch die letzten Ueberschwemmungen mitgenommen. Diesen dürfe man nicht zu hohe Kosten auferlegen. Wenn man in Westpreußen für wohlhabende Leute, gehe es einem immer noch nicht gut. Vielleicht lege das Ministerium noch ein paar Millionen zu. (Heiterkeit.)

Minister Thielens: Für die Weichsel ist nie geklagt worden und wird es auch nicht werden. Neuerdings ist ein neuer Plan ausgearbeitet. Zur Ausführung desselben will der Staat etwa 5 Millionen geben, wenn die interessierten Verbände ihren Theil, etwa 3 Millionen, dazu beitragen. Bis jetzt sind aber von den Interessenten nur 1 700 000 Mk. aufgebracht, und gerade ein so leistungsfähiger Verband wie der Marienburger Deichverband weigert sich.

Abg. Ehlers-Danzig: Die Weichsel kostet viel Geld, sie leidet an der Vernachlässigung früherer Zeiten und der schlechten Ueberwachung ihres Oberlaufes in Rußland und Oesterreich. Der größte Uebelstand ist die Stromtheilung der Rogal und Danziger Weichsel. Der Mangel an Entschlossenheit verhindert eine Besserung. Die Weichsel muß im ganzen reguliert, die Rogal muß

abgeschlossen werden, das beschlossene Eiswehr nicht gar nichts. Die Kosten des Projectes sind auf 9 Mill. berechnet. Ob der Staat davon 5 oder 7 Millionen geben soll, ist sicher nicht zu formulieren. Ich hoffe, die Deichverbände werden sich einigen, und der Staatsminister wird nicht zu spät kommen. Von der Beteiligung der Provinz ist besser Abstand zu nehmen. Eine Apoplektikerrechnung darf man in solchen Dingen nicht aufmachen.

Abg. Sieg (nat.-lib.) schließt sich den beiden Vorrednern an. Der Minister werde sich ein großes Verdienst um die Provinz Westpreußen erwerben, wenn er die Kosten auf den Staat übernehmen lasse. Denn keine Provinz habe einen Strom wie die Weichsel. Der kehre sich an keine baupolizeiliche Verordnung.

Geheimrath Dambois: Der Staat hat nicht die Verpflichtung, die Kosten zu übernehmen. Es handelt sich hier nicht um eine Stromregulierung, sondern um eine Deichregulierung. Gleichwohl will der Staat gern einen Theil der Kosten übernehmen, nur beurtheilt er eben die Leistungsfähigkeit der Verbände etwas höher als sie selbst. Ein Angebot hat bisher nur der Danziger Deichverband gemacht. Durch einen Staatsministerialbeschluss von 1894 sind wir gebunden, die Deichregulierung den Interessenten, die Provinz auch heranzuziehen. Ganz frei können wir die Provinz nicht lassen, nur ihren Beitrag näher bemessen.

Abg. Ehlers: Der Abg. Sieg geht zu weit, wenn er dem Staat die ganze Last der Weichseldeichregulierung aufbürden will. Darin folgen ihnen, hoffe ich, die Anlieger nicht. Vor dem Staatsministerialbeschluss habe ich ja große Hochachtung, aber eine Aufhebung eines solchen Beschlusses halte ich für angemessener, als wenn man nachher bekennen muß: die Regulierung konnte nicht erfolgen, und in Folge dessen kam der große Deichbruch mit Ueberschwemmung — weil am Prinzip des Staatsministerialbeschlusses festgehalten werden mußte. (Heiterkeit.)

Der Titel wird bewilligt, desgleichen das Kapitel. Beim Titel „Befolgungen der Wasserbauämter“ wünscht Abg. Felsch (conf.) den alten Strommeistern das Examen zu erlassen.

Minister Thielens: Gewisse theoretische Kenntnisse gehören dazu, das neue Amt der „Wasserbauämter“ zu versehen. Jeden Strommeister können wir nicht nehmen, soll der Zweck der neuen Einrichtung erreicht werden, nämlich eine wirkliche Hilfe für die höheren Beamten. Für Strommeister, die als tüchtig und verlässlich bekannt sind, kann das Examen ja formlos gestrichen werden. Aber zu entbehren ist es nicht.

Abg. Ehlers: Wir stehen in dem Wohlwollen für die Unterbeamten den anderen Parteien nicht nach, kommen aber für die Ausführung ja leider nicht erheblich in Betracht. Bei der allgemeinen Aufbesserung bitte ich, die Hofenbauschreiber nicht zu vergessen.

Abg. Felsch (conf.): Eine mögliche Schonung der demüthigten Strommeister im Examen würde ich für gerechtfertigt halten.

Eine Reihe von Titeln wird bewilligt, die weitere Beratung vertagt.

Nächste Sitzung Mittwoch: Hochwasservorlage im Verbindung mit dem Antrag Bensch-Schmidtlein über Zurückziehung der Ciquidation der Truppen-theile, Anträge auf Abänderung des Communalabgabengesetzes.

Schluss nach 4 Uhr.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Projekt Zola.

Dritter Verhandlungstag.

Paris, 9. Febr. Schon am 10 Uhr Vormittags fanden sich auch heute zahlreiche Neugierige vor dem Justizpalaste ein. Im Innern des Gerichtsbauwerkes waren sehr energiegeladene Maſchinen getroffen, um Störungen zu vermeiden. Ungefähr 200 Advocaten, die sich in den Wandelgängen aufhielten, verursachten trotzdem einen großen Lärm. Der Präsident hatte nämlich verboten, daß die Advocaten sich, wie gestern, in den für das Publikum bestimmten Theil des Saales eindrängten und dadurch die Leute, welche mit vieler Mühe in den Besitz von Eintrittskarten gelangt waren und dort saßen, belästigten. Die Advocaten veranstalteten darauf eine Rundgebung gegen den Präsidenten, so daß die Gardes republicaines gezwungen waren, einzuschreiten. Es kam zu einem ersten Zusammenstoß, wobei mehrere Gardisten von den Advocaten geschlagen wurden. Ein Advocat wurde verhaftet.

Gegen 11 Uhr erschienen die als Zeugen geladenen Offiziere; sie wurden schon auf der Place Dauphine mit dem Rufe: „Es lebe die Armee!“ begrüßt. Zola trat vollständig unbekleidet kurz vor 12 Uhr ein. Der Saal war überfüllt, doch schlen das Publikum ruhiger zu sein als gestern; besondere Aufmerksamkeit erregten von den als Zeugen erschienenen Offizieren der Generalabschaf Boisdeffre, Colonel Paty du Clam und Major Esterhazy. Als Zeuge war auch der frühere Kriegsminister General Mercier anwesend.

Kurz nach 12 Uhr wurde die Sitzung eröffnet.

Auf eine Frage des Präsidenten erklärt der Verteidiger Labori, er beabsichtige, Madame Dreyfus über den guten Glauben Zolas in der Zola-Angelegenheit zu befragen. Der Präsident erwidert, es gäbe keine Zola-Angelegenheit. Es erhebt sich heftiger Widerspruch. Nach einem sehr scharfen Meinungsaustrausch zwischen dem Präsidenten und Labori erhebt ersterer Einspruch, daß diese Frage gestellt werde, welche offenbar auf den Projekt Dreyfus hinzielt. Labori bringt bezüglich Anträge ein.

Es kommt zur Sprache, daß den Geschworenen Schriftstücke zugestellt worden sind. Labori erklärt, weder Zola, noch die Familie Dreyfus hätten dieselben abgelesen. Die Angeklagten seien das offene Opfer von Umtrieben. Er bekräftigt die Rundgebungen, welche gestern, als Zola das Gerichtsgebäude verließ, stattgefunden hätten und protestiert gegen die Ungenauigkeiten in den Berichten der Blätter. Diejenigen, welche Zola beschimpften, repräsentierten nicht Frankreich, sondern beschimpften Frankreich, indem sie sich mit ihm identifizierten, während wir es verehren. Es entsteht heftiger Lärm.

Der Arzt Dr. Socquet erklärt, Fräulein Blanche de Cammings und Frau de Boulancy seien durch Krankheit verhindert zu erscheinen. Autant könne erwidern.

Unter großer Spannung des Publikums wurde als erster Zeuge der Generalabschaf General Boisdeffre aufgerufen.

Labori fragt: Kann der Zeuge sagen, welche Art Schriftstück es ist, welches der Major Esterhazy einige Zeit vor seinem Erscheinen vor dem Kriegsgerichte dem Kriegsminister zuhändigen ließ.

Boisdeffre erwidert: Das fragliche Schriftstück bezieht sich auf die Angelegenheit des Capitans Dreyfus. Ich glaube daher ohne Mißachtung des Gerichtsbeschlusses und des Amtsgeheimnisses von diesem Schriftstück nicht sprechen zu dürfen.

Labori: Ich bestreite auf meiner Frage, welcher Art dieses Schriftstück ist.

Boisdeffre: Das Staatsgeheimniß verbietet mir, zu antworten.

Labori: General Boisdeffre ist verantwortlicher Beamter und steht hier vor dem Gericht. Er kann sich nicht auf das Amtsgeheimniß berufen.

Boisdeffre: Das Amtsgeheimniß fällt zusammen mit einem Staatsgeheimniß. Ich füge hinzu, daß ich die höchste Achtung vor dem Gerichte hege, und ich bezeuge das laut vor den Geschworenen. Für mich aber handelt es sich um ein Amtsgeheimniß, wenn die Veröffentlichung eines Staatsgeheimnisses in Frage kommt.

Reichstag.

* Berlin, 9. Februar.

Im Reichstage wurde heute bei der Fortsetzung der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes auf die gestrigen Verhandlungen nur gelegentlich zurückgegriffen. Die Frage der Handelsverträge war es, welche heute fast ausschließlich den Gegenstand der Discussion bildete und zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Freunden und Gegnern unserer Handelsvertragspolitik führte. Ein eigenartiges Schauspiel bot es, als Abg. Richter mit Recht das Verhalten der Herren am Regierungstische gegenüber den Angriffen der Agrarier auf die Regierungspolitik der letzten sieben Jahre hervorhob und man dort stumm und still blieb und der Linken die Vertheidigung überließ. Daß dies nicht gerade geeignet ist, die Autorität der Regierung zu stärken, ist klar.

Abg. Graf Rantz (conf.) empfiehlt eine autonome Tarifpolitik; gerade im Interesse unserer ausfuhrbedürftigen Industrie müsse von dem System der Tarifverträge auf lange Frist endlich abgegangen werden.

Abg. Förster-Neustettin (Antif.) erklärt, daß er den kürzlich hier gegen Herrn v. Roschkei erhobenen Vorwurf, daß er eine hochverräterische Äußerung in seiner Lemberger Rede gethan habe, aufrecht erhalte.

Abg. Werner (Antif.) erklärt sein Einverständnis mit unserer auswärtigen Politik und mit dem wirtschaftlichen Standpunkt des Grafen Rantz.

Abg. Richter (frei. Volksp.) beleuchtet die einseitigen, monströsen Beschlüsse des deutschen Landwirthschaftsraths. Der Vorstoß, die Handelsverträge nur auf ein Jahr abzuschließen, beweise, daß Graf Rantz von Handel und Verkehr keine Ahnung habe.

Abg. Graf Bismarck (b. h. f.) weist Richters Beschuldigung, daß Fürst Bismarcks Wirthschaftspolitik planlos gewesen sei, zurück. Bismarcks Zollpolitik habe den Schutz der nationalen Arbeit und die Sammlung der productiven Kräfte bezweckt. Wenn nicht schon im Jahre 1890 ein Doppeltarif ausgearbeitet worden sei, so sei daran die im Frühjahr 1890 eingetretene Krise schuld gewesen.

Abg. Bebel (Soc.) sucht die Abneigung der Socialdemokratie gegen den Zuzug chinesischer Arbeiter zu rechtfertigen.

Abg. v. Tazjewski (Pole) bestreitet, daß Herr v. Roschkei in hochverräterischer Weise gesprochen habe.

Abg. Thron. v. Sedlich (nat.-lib.) plaidiert für das Zusammengehen der Industrie und Landwirthschaft und die Aenderung der Meißbegünstigungsverträge.

Abg. Jepsen (nat.-lib.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Bebel, daß deutsche Rheider deutsche Arbeiter entlassen hätten, um chinesische zu nehmen.

Abg. Richter (frei. Volksp.) erklärt, der Kernpunkt der industriellen Wünsche sei eine feste Position durch die Handelsverträge; er weist auf die Wundlungen hin, welche die Handelspolitik des Fürsten Bismarck durchgemacht hat.

Abg. v. Nordhoff (Reichsp.) meint, Richter gehöre mit seinen volkswirtschaftlichen Anschauungen nach Schöppenstedt oder nach Schüba. (Heiterkeit.)

Abg. Richter (frei. Volksp.): Herr v. Nordhoff hat mit den Chinesen den Zopf der Abneigung gegen Gold und die Vorliebe für Silber gemein, aber der Zopf Nordhoffs ist noch viel größer und dicker; er kann sich mit seinem Zopf begnügen lassen. (Heiterkeit.)

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 9. Febr.

Das Abgeordnetenhaus beriet heute die Hochwasser-Nothstandsvorlage; nach fünfstündiger Dauer wurde die Debatte darüber auf morgen vertagt.

Außerdem steht der Bauetat auf der Tagesordnung.

Beerdigung der verunglückten Matrosen.

Am 9. Febr. Heute Nachmittag fand vom Garnisonlazareth aus die feierliche Ueberführung der Leichen der beim jüngsten Unfall im Rieler Hafen verunglückten Matrosen nach dem Garnison-Friedhof statt. Marinepfarrer Rogge hielt in der Leichenhalle eine ergreifende Trauerrede. Als der Trauerconduct sich in Bewegung setzte, spielten die Musikcorps der Matrosendivision und des Seebataillons Trauermusiken. Tief ergriffen stand das nach Tausenden zählende Publikum in den Straßen. Den Leichenwagen folgte eine große Anzahl von Offizieren, unter welchen als Vertreter des Kaisers Admiral Köster sich befand, der auf dem Kirchhof im allerhöchsten Auftrag einen Kranz an den Särgen niederlegte. Als Vertreter des Prinzen Heinrich fungierte Admiral Thron. v. Seckendorff, ferner waren die Admirale Didehop, Bendemann und Graf Arnim anwesend. Den Zug schlossen Deputationen der Matrosendivision, der Kriegsschiffe und des Seebataillons.

Berlin, 9. Febr. Eine aus Bozen verbreitete Nachricht, daß die Kaiserin nächstens zu längerem Aufenthalt in Meran eintreffen werde, ist, wie unser Berliner □-Correspondent in der Lage ist mitzutheilen, vollständig erjunden.

□ Bozen, 9. Febr. Die Polenfraktion des Reichstages wird gegen die Marinavorlage Stellung nehmen.

Paris, 9. Febr. Rochefort ist zu fünf Tagen Gefängnis und 1000 Francs Geldstrafe wegen Verleumdung Reinachs verurtheilt worden.

Wiederwahl des Präsidenten Krüger.

Pretoria, 9. Febr. Präsident Krüger ist auf weitere fünf Jahre zum Präsidenten der südafrikanischen Republik gewählt.

Danzig, 9. Februar.

* [Gefecht des Kaisers.] Dem Hohenzollernmuseum ist vom Kaiser eine Schizze des ehemaligen Commandantur-Gebäudes zu Graudenz überwiesen worden, in welchem König Friedrich Wilhelm III. und Königin Luise in späterer Zeit gewohnt haben. Dem Kaiser war die Schizze anlässlich seines Aufenthaltes in Graudenz von dem Landschaftsmaler Gustav Breuning-Graudenz überreicht worden. Sie ist in Aquarellfarben ausgeführt und ruht in einer Mappe. Der Kaiser hat dem Spender seinen Dank auszusprechen lassen mit der Mittheilung, daß er Befehl gegeben habe, die Schizze dem Hohenzollernmuseum zu überweisen.

* [Geldbestellung.] Dom 15. d. Mts. ab werden bei dem hiesigen Postamt die mit dem Berliner Frühjahrszuge eingehenden Geldbriefe und Briefpostgegenstände mit Nachnahme werktäglich nicht mehr bei der zweiten, um 11 1/4 Uhr Vormittags, sondern schon bei der ersten, um 8 Uhr Vormittags beginnenden Geldbestellung abgetragen. Die aus dem angegebenen Grunde zwecks werdende zweite Geldbestellung kommt mit dem gleichen Zeitpunkt in Wegfall. Die Nachmittags-Geldbestellung beginnt nach wie vor um 3 Uhr.

* [Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege.] Unter dem Vorsitz des Herrn Oberpräsidenten v. Gohler fand gestern Nachmittag im Oberpräsidialgebäude eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses statt, in der zum Vorsitzenden der Genossenschaft Herr Ober-Regierungsrath Möhrs und zu dessen Stellvertreter Herr Regierungsrath-Assessor Hassel gewählt wurde. Herr Generalarzt a. D. Dr. Boretius machte dann Mittheilungen über die Unfallstation in Legan, über die bevorstehende Inbetriebsetzung weiterer derartiger Stationen, sowie über den Beginn der für Danzig in Aussicht genommenen Ausbildungscurse.

* [Urania.] Ein hochinteressantes Thema hat sich der Vortragende von der Berliner „Urania“, Herr Karl Bergmann, zu einem hier am 23. Februar im Saale des Hotel du Nord in Aussicht genommenen Vortrage gewählt. „Luftschiffahrt und freier Flug des Menschen“ soll in Wort und Bild zur Vorführung gelangen. Bei dem großen Erfolge, den Hr. Bergmann im vorigen Jahre hier mit seinen beiden Vorträgen erzielte, zweifeln wir nicht, daß die Ankündigung dieses neuen Vortrages lebhaftes Interesse erwecken wird.

□ [Wilhelmstheater.] In dem Programm der Vorstellungen sind jetzt wieder mehrfache Abwechslungen eingebracht. Das Sängerpokalfeuer durchweg neue Nummern zu dem Programm bei und auch von lebenden Photographien und farbigen Nebelbildern wird wieder eine neue Serie gezeigt. — Für nächsten Sonnabend hat Prinz Carneval einen abermaligen Besuch angekündigt. Er wird hier sein viertes diesjähriges Maskenfest feiern.

* [Von der Weichsel.] Nach einem gestern Nachmittag eingetragenen Telegramm aus Warschau betrug dort der Wasserstand 2,66 Meter (am Dienstags 3,02 Meter).

□ [Der „Danziger Rellner-Verein“] hielt am Montag, den 7. Februar, im Vereinslokal seine Mitglieder-Verammlung ab. Der Vorsitzende Herr Diehl eröffnete die gut besuchte Versammlung. Die Berichte des Kassiers und Bureauverwalters ergaben den günstigen Stand des Vereins. Eine lebhaft Debatte erregte das Verhalten eines Principals des Arbeits-Nachweises des Vereins gegenüber. Man beauftragte den Vorstand, in dieser Angelegenheit geeignete Schritte zu unternehmen. Mit Erleuchtung verschiedener inlimer Vereins-Angelegenheiten schloß die Versammlung.

* [Gesamt.] In seinem weiteren Verlaufe verhandelte gestern Nachmittag das Gesamt über einen Zusammenstoß zwischen dem Danziger Dampfer „Adlershorst“, Capitän Andreß, und dem englischen Dampfer „Autokrat“. Der Dampfer „Adlershorst“ befand sich auf der Reise von Aarhus nach Danzig mit einer Ladung Mais an Bord. Am 11. December v. J. bemerkte er Morgens gegen 8 Uhr in den Drogden, daß ihm ein Dampfer entgegen kam, welcher, wie sich später herausstellte, der englische Dampfer „Autokrat“ war und sich auf der Fahrt von Elbow nach London befand. Die Luft war klar und weitläufig und das Wetter schön. Capitän Andreß, der auf der Commandobrücke stand, bemerkte, daß der Engländer sein Ruder auf Backbord legte, und er ließ sofort, um eine Collision zu vermeiden, auch seinen Kurs ändern. Wieder änderte der Engländer seinen Kurs und wieder folgte der deutsche Dampfer seinem Beispiel. Da änderte der Engländer zum dritten Mal seinen Kurs, und diesmal war es zu spät, um vollständig auszuweichen. Capitän Andreß hielt zwar wiederum das Ruder herumlegen und die Maschine mit voller Kraft rückwärts gehen, aber der Zusammenstoß war nicht mehr zu vermeiden und erfolgte mit ziemlicher Heftigkeit. Dem „Adlershorst“ wurden drei Platten eingedrückt. Dem „Autokrat“ wurden weitere Beschädigungen, deren Reparatur 2000 Mk. erforderte. Der Engländer hat seinen Schaden auf 40 Pfund angegeben. — Unmittelbar nach der Collision fehlte der „Autokrat“, ohne sich weiter um das deutsche Schiff zu kümmern, seine Reise fort.

Capitän Andreß, der sich schon eine Stunde vor der Katastrophe auf der Commandobrücke seines Schiffes befunden hatte, gab an, daß auf der Commandobrücke des englischen Schiffes ein Offizier erst unmittelbar vor dem Zusammenstoß erschienen war. Mit dieser Behauptung stimmen auch die Angaben des ersten Steuermannes des „Autokrat“ überein. Dieser hat vor dem englischen Handelsgericht deponirt, daß er das deutsche Schiff erst vor Augen bekommen habe, als es drei Faden von dem „Autokrat“ entfernt gewesen sei. Der Engländer hat ferner angegeben, es sei von dem deutschen Schiff „Besand nicht verlangt worden“, während die Zeugen vom „Adlershorst“ heute aus sagten, vom „Autokrat“ sei überhaupt nicht angefragt worden, ob Besand verlangt würde.

Der Reichscommissar, Herr Capitän zur See Rodenacher, war der Ansicht, daß die Schuld an dem Zusammenstoß ganz allein den englischen Dampfer trifft. Der Führer desselben habe derartig falsch manövriert, daß ein anderer Dampfer überhaupt nicht

